

Protokoll der 8. öffentlichen Sitzung des Integrationsrates Göttingen vom 22. April 2013

Anwesende:

Vom Integrationsrat: Fuat Aygül, Silas Youmbi Peka, Ibrahim Elmas, Dilara Zorlu, Dana Gaef, Tülin Demirel, Mahir Ibin, Redar Han, Mohamed Mansour Al Masri, Dr. James Albert, Müjde Balik,

Gäste: Diyar Al Kaidy, Sahinian Hacub, Bahman Ayegh, Renate Kruse Ayegh, Karin Borges, Muzia Febi,

Geschäftsführerin: Birgit Sacher

entschuldigt fehlen: Claire Deery

Unentschuldigt fehlen: Türkan Zorlu

Top 1: Eröffnung und Begrüßung

Herr Ibin eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr in Raum 126 des Neuen Rathauses. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest.

Top 2: Genehmigung der Protokolle der 6. und 7. öffentlichen Sitzung des Integrationsrates Göttingen vom 04.02.13 und 04.03.13

Die Protokolle werden genehmigt.

Top 3: Diskussion und Beschluss über die Durchführung der Göttinger Kulturenmesse

Frau Sacher berichtet von den Schwierigkeiten bei der Planung der Göttinger Kulturenmesse. Die Stadtverwaltung hat den Wochenmarktplatz doppelt vergeben. Neben dem Integrationsrat, der frühzeitig die Sondernutzungserlaubnis für den Wochenmarktplatz schriftlich beantragt hat, wurde wohl auch der Bürgerstiftung die Nutzung des Platzes mündlich zugesagt, mit der Folge, dass der Integrationsrat die Kulturenmesse nicht am 16. Juni auf den Wochenmarkt durchführen kann. Alternativ wurde dem Integrationsrat von der Verwaltung der Platz an der Johanneskirche und Nicolaikirche angeboten. Da die strukturellen Voraussetzungen, wie Umkleieräume durch die Zusammenarbeit mit dem KAZ, die Stromkästen für die Technik, die vorhandene Gastronomie und letztlich auch die unproblematische Nutzung der vorhandenen Toiletten am Wochenmarktplatz gegeben sind, schlägt Frau Sacher eine Verlegung der Kulturenmesse auf den 2. Juni vor. Die Bühne und die Techniker können auch am 2. Juni. Von den Musik- und Tanzgruppen fällt eine Gruppe aus. Die teilnehmenden Gruppen möchte Frau Sacher erst nach dem Beschluss des Integrationsrates informieren, um nicht zu viel Chaos in die Planung zu bringen.

Frau Demirel möchte die Kulturenmesse in den September oder Oktober verlegen. Herr Elmas und Herr Han sprechen sich auch für eine Verlegung aus, da die Zeit bis zum 2. Juni sehr kurz ist. Herr Ayegh findet die Durchführung auf dem Platz an der Johanneskirche für besser, wenn die Veranstaltung an einem Sonnabend stattfindet. Der Platz an der Johanneskirche ist zentral in der Innenstadt und an einem Sonnabend sind viele BürgerInnen in der Innenstadt, die man erreichen könne.

Frau Sacher spricht sich gegen eine Verlegung aus, da sie die Kulturenmesse im Herbst nur ungern noch einmal von Beginn an organisieren möchte, gegen den Herbst spricht vor allem aber auch, das die Studentgruppen erst ab Mitte Oktober wieder in Göttingen sind und damit ihre Beteiligung entweder nicht möglich ist oder die Kulturenmesse erst Ende Oktober stattfinden kann, was witterungsbedingt schwierig werden kann.

In der folgenden Abstimmung sprechen sich drei Mitglieder für eine Verlegung der Kulturenmesse im Oktober aus, drei Mitglieder enthalten sich der Stimme und fünf Mitglieder sind für die Durchführung der Kulturenmesse am 2. Juni. Damit findet die Kulturenmesse am 2. Juni auf dem Wochenmarktplatz statt.

Frau Sacher bittet um Unterstützung bei der Organisation. Die Mitglieder und anwesenden Gruppen möchte bitte für die Kulturenmesse werden, es können noch Gruppen Informationsstände aufbauen und auch das Kulturprogramm bietet noch Raum für Musik- und Tanzgruppen. Frau Sacher wird Ende nächster Woche das Plakat in Druck geben, bis dahin sollten alle beteiligten Gruppen feststehen. Frau Demirel schlägt eine Arbeitsgruppe vor, die bei der Organisation der Kulturenmesse behilflich ist. In der Arbeitsgruppe arbeiten Dana Gaef, Redar Han und Mahir Ibin mit.

Top 4: Rassismus in der Stadt durch die Stadt (bezogen auf staatliche und nichtstaatliche Institutionen)

Herr Ibin berichtet von Auseinandersetzungen im Göttinger Stadtrat anlässlich des Ratsantrages von Civar Akad zu anonymisierten Bewerbungsverfahren, den er mit bestehenden rassistischen Vorurteilen begründet hat. Aus Protest gegen den Rassismusvorwurf hatte die CDU-Fraktion den Ratssaal verlassen. Nach Auffassung von Herrn Ibin ist die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten in Behörden und Polizei Alltag. Deutsche haben hier keine Erfahrungen. Der Integrationsrat muss dagegen vorgehen, damit sich Rassismus nicht verfestigt. Herr Han erinnert an die Kampagne des Göttinger Tageblattes gegen Flüchtlinge im Lager Friedland. Durch die Verallgemeinerung wurden alle Georgier diskriminiert. Die Nennung von ethnischen Zugehörigkeiten bei Straftaten in der Presse vermittelt der Öffentlichkeit einen Wirkungszusammenhang, der Vorurteile aufbaut und bestärkt.

Herr Al Kaidy sieht hier die Politik und Behörden in der Verantwortung über Fluchtgründe aufzuklären. Nicht alle Deutschen und alle Behördenmitarbeiter sind Rassisten, es gibt gute und negative Beispiele. Viele MigrantInnen fehlen ausreichende Sprachkenntnisse um sich kompetent in schwierigen Situationen in Behörden verhalten zu können. Hier finden auch Fehlinterpretationen statt. MigrantInnen müssen auch an sich arbeiten.

Herr Ibin findet, dass der Integrationsrat hier helfen muss. Der Integrationsrat muss die Probleme erkennen. Diskriminierungsfälle sollen gesammelt und juristisch geprüft werden. Herr Han spricht sich für eine Antidiskriminierungsstelle aus. Frau Demirel spricht sich dafür aus, die konkreten Fälle von den Mitgliedern des Integrationsrates zu bearbeiten. Herr Ayegh findet ebenfalls, dass Rassismus in der deutschen Gesellschaft und auch in den Behörden existiert, eine allgemeine Arbeit hiergegen sei allerdings schwierig. Besser ist es mit konkreten Projekten/Beispielen zu arbeiten. Zum Beispiel sei eine Kampagne gegen Rassismus im Zusammenhang mit den Taten und vor allem den Umgang mit der NSU sinnvoll, allgemein dagegen sei dies schwierig. Dr. Albert unterstützt die Aussagen von Herrn Ayegh, der Integrationsrat soll anhand konkreter Beispiele arbeiten. Herr Elmas findet alles richtig, was die Mitglieder sagen, insbesondere bei der NSU hat der Staat versagt. Herr Elmas geht davon aus, dass die Strukturen sich nur langfristig ändern lassen. Für ihn geht es vor allem darum, die Migrantenkinder in die Strukturen und Institutionen der Gesellschaft zu bringen und durch die Integration der Kinder und Jugendlichen in den Institutionen den Rassismus zu bekämpfen. Frau Balik findet die Unterstützung Betroffener wichtig. Sie hat auch die Erfahrung, dass man hier etwas ändern kann. Frau Zorlu gibt zu bedenken, dass der Integrationsrat nicht jeden Fall in der Verwaltung bearbeiten und veröffentlichen kann. Herr Han spricht sich dafür aus, Diskriminierungsfälle zu sammeln und eine entsprechende Stelle zu fordern.

Frau Sacher informiert die Mitglieder darüber, dass der Integrationsrat bzw. damals Ausländerbeirat in der Vergangenheit ein entsprechendes Konzept für eine Antidiskriminierungsstelle geschrieben und eine Einrichtung gefordert hat. Eine ganze Zeit lang hat der Integrationsrat auch Antidiskriminierungsberatung geleistet. Mit gespendeten Geldern konnte hierfür zeitweise eine Honorarkraft eingestellt werden. Eine langfristige Absicherung der Stelle konnte aber politisch nicht durchgesetzt werden. Frau Sacher bietet auch heute noch Antidiskriminierungsberatung an. Allerdings macht sie hierfür keine Werbung, da die Beratung und auch Schlichtung sehr zeitaufwendig ist, und dies neben den vielen anderen Aufgaben mit einer halben Stelle nicht zu schaffen ist. Der Integrationsrat verfolgt diese Arbeit aber weiterhin und ist auch im landesweiten Netzwerk gegen Diskriminierung. Frau Sacher geht auch davon aus, dass mit dem Politikwechsel auf Landesebene, in dieser Richtung Veränderung erfolgen werden, etwa in Form einer landesweiten Antidiskriminierungsstelle, die entsprechend landesweit vernetzt arbeiten müsste.

Herr Ayegh informiert den Integrationsrat darüber, dass die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für Stadt und Landkreis gerade beim Landkreis Göttingen diskutiert wird.

Top 5: Bericht vom Treffen der Kultureinrichtungen und Migrantenselbstorganisationen

Herr Aygül und Frau Sacher informieren über die Sitzung. Zu dem Treffen hatte die Kulturdezernentin, Frau Dr. Schlapeit-Beck eingeladen, um gemeinsam Fragen und Aspekte der interkulturellen Öffnung der Kultureinrichtungen zu diskutieren. Ein solches Treffen hatte Frau Demirel auf einer Veranstaltung zum Kulturkompass angeregt. Leider war die Sozialdezernentin an dem Termin verhindert. Herr Lieske als Schul- und Jugenddezernent hat die Vertretung übernommen. Von den Kultureinrichtungen waren das Deutsche Theater, das Lumiere, das KAZ, die Musa, das Künstlerhaus, die Händelfestspiele und mindestens noch eine Einrichtung vertreten. Von der Verwaltung: das Kulturamt und das Integrationsbüro, von den MSOs: die Zukunftswerkstatt, die DRG, die DITIB-Gemeinde, der Iran-Solidaritätsverein vertreten. Die Aufzählung kann unvollständig sein, es kommt aber noch ein Protokoll von der Verwaltung. Zumindest waren nur wenige MSOs vertreten. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde haben die Kultureinrichtungen ihre Arbeit/Angebote im interkulturellen Bereich dargestellt. Diese Runde war so ausführlich, dass im Anschluss keine Diskussion

mehr möglich war. Herr Aygül und Frau Sacher hoffen auf eine Fortführung. Deutlich wurde aber schon, dass die Migrantenselbstorganisationen kaum Möglichkeiten für eigene Aktivitäten haben, da die Stadt nur 15.000€ jährlich für kulturelle Aktivitäten der MSOs zur Verfügung stellt. Während die Kultureinrichtungen institutionell gefördert werden, ist dies bei keiner einzigen MSO der Fall, nicht mal das Haus der Kulturen wird entsprechend gefördert. Auch die Deutsch-Russische Gesellschaft hat deutlich die geringe Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen kritisiert da die MSOs in der Regel über keine Räume verfügen und keine institutionelle Förderung erhalten. Göttingen ist die einzigste Stadt in Niedersachsen, die kein interkulturelles Zentrum hat.

Top 6: Bericht von der Delegiertenversammlung des Niedersächsischen Integrationsrates

Dr. James Albert und Birgit Sacher berichten von der Delegiertenversammlung des Niedersächsischen Integrationsrates. Inhaltlicher Schwerpunkt der Sitzung waren die Änderungen in der Landespolitik. Gäste waren die migrationspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Filiz Polat und die Beauftragte für Migration und Teilhabe der Landesregierung Doris Schröder Köpf. Änderungen sind vor allem in der Flüchtlingspolitik zu erwarten. Neben der Umstellung der Leistungen nach dem AsylbLG in Bargeld wird die Härtefallkommission mehr Möglichkeiten erhalten und auch die bisherige Integrationskommission muss keine einstimmigen Ergebnisse mehr vorweisen, um Empfehlungen aussprechen zu können. Ein landesweites Integrationsgesetz, wie in NRW, Hamburg, Berlin und Bremen wird angestrebt. Für die Mitglieder des NIR ist es wichtig, die eigenen Positionen in den Diskussionsprozess einzubringen.

Top 7: Vorstellung der Vereinigung chinesischer Wissenschaftler und Studenten Entfällt

Top 8: Berichte des Vorstandes, der Geschäftsführerin und aus den Ratsausschüssen

Fuat Aygül berichtet von der Sitzung des Unterausschusses Sanierung Weststadt. Verschiedene Sanierungsprojekte wurden vorgestellt. In den Häusern im Rosenwinkel, in denen vor allem Romaflüchtlinge seit vielen Jahren leben, wurden endlich Heizungen eingebaut. Im Weststadtbüro findet regelmäßig ein Frauennachmittag statt.

Silas Youmbi Peka berichtet von der Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Vorgestellt wurde das Konzept einer integrierten Sprachförderung in den Kitas. Weiter wurde der Kindertagesstättenbedarfsplan 2012-2018 vorgelegt.

Frau Sacher informiert über die Veranstaltungen anlässlich des 30jährigen Bestehens des Göttinger Asylarbeitskreises.

Frau Sacher berichtet über den erfolgreichen Verlauf der Ausstellung „Movements of Migration“. Die Ausstellung wurde von 1.200 BesucherInnen besichtigt. Die begleitenden Veranstaltungen waren gut bis sehr gut besucht. Auf vielen Veranstaltungen wurde ein „anderes“ Publikum erreicht, als sonst zu Veranstaltungen zum Thema kommt. Das Projekt hat viele Anfragen für die Ausstellung bekommen, demnächst wird ein Teil im Blauen Turm in der Uni ausgestellt. Viele MSOs und MigrantInnen haben sich gemeldet, um „ihre“ Geschichten mitzuteilen. Der Integrationsrat muss überlegen, wie das Archiv weitergeführt werden soll. Die Geschichte der Migration in Göttingen hat noch sehr viele Lücken, die gefüllt werden sollten. Hier steht auch die Stadt in der Pflicht. Frau Sacher hat sich mit Frau Prof. Hess getroffen, evtl. sollten Interessierte und Verantwortliche zu einem gemeinsamen Treffen bzgl. der Fortführung eingeladen werden.

Frau Sacher informiert über den Göttinger Gesundheitsmarkt am 6. September; Das Festival contre le racisme vom 3. bis 15. Juni und die Eröffnung der Ausstellung „Requiem/Grafik von Gennady Dobrov am 3.05. im Kreishaus.

Top 9: Verschiedenes

Herr Han informiert über die Initiative der Grünen Jugend zur Umbenennung der Hermann Rein Strasse und des Rudolf Stich Weges, da beide Personen eine aktive Nazivergangenheit haben. Herr Han spricht sich dafür aus, den offenen Brief an die Stadt Göttingen zu unterstützen. In der folgenden Abstimmung sprechen sich 6 Mitglieder bei 4 Enthaltungen für die Unterstützung des Briefes aus.

Her Al Kaidy stellt den Verein Roj e.V. vor und bittet um Unterstützung der Förderanträge.

Herr Ibin informiert über die Kundgebung anlässlich des Prozessbeginns gegen die NSU am 06.05. um 17.00h an der Jacobikirche. Der Integrationsrat wird gebeten einen Redebeitrag zu halten. Die Mitglieder begrüßen eine Teilnahme an der Kundgebung, Herr Ibin soll einen Redebeitrag halten, der vorher an die Mitglieder verschickt wird.

Herr Ibin schließt die Sitzung um 21:00h.